



denn durch das Ministerialschreiben sei die Weigerung des Ministeriums bereits festgestellt.

Die Abstimmung ergibt die Verwerfung des Schulzischen Antrages gegen eine kleine Minorität von Mitgliedern der Fortschrittspartei. Damit schließt die Sitzung.

### Politische Uebersicht.

Die vom Staatsministerium angeregte Frage über die Ausdehnung der Disciplinargewalt des Präsidenten des Hauses der Abgeordneten gegen einen Minister läßt sich überhaupt nur im Zusammenhange mit der politischen Situation begreiflich finden. Soweit gesellschaftliche Formen reichen, ertheilt in jeder beratenden Versammlung der Vorsitzende das Wort an die Redner, unterbricht sie, sobald es im Interesse dieser Versammlungen und Beratungen nöthig ist, und leitet überhaupt die Verhandlungen, wie es sich geziemt. Das ist Gesetz in der ganzen Welt. Und ebenso hat, so weit parlamentarische Formen reichen und politische Körperschaften existiren, der Präsident solcher Versammlungen das Recht über jedweden, der sich in den Räumen des Sitzungssaales befindet. Das liegt abermals so durchaus in der Natur der Sache, daß es kaum einer ausdrücklichen Bestimmung deshalb bedarf, und daß, wo es zweifelhaft wird, schon die natürlichsten, einfachsten Verhältnisse gestört sein müssen.

Diesem allgemeinen Grundsatze entspricht das positive Recht des Hauses der Abgeordneten. Der Art. 60 der Verfassung sagt in seinem ersten Satze: „Die Minister, sowie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten, haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden.“ Ganz entsprechend bestimmt § 39 der Geschäftsordnung des Hauses: „Die Minister und die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten (Art. 60 der Verf.) müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden. Auch den Assistenten muß auf Verlangen der Minister oder ihrer Vertreter das Wort ertheilt werden.“ Das ist der Rechtsboden für die Ansprüche des Ministeriums; es ist damit den Ministern das Privilegium gegeben, zu jeder Zeit, also auch außer der Reihenfolge der Redner gehört werden zu müssen, und damit indirect das weitere Privilegium, daß ihnen, wie der Vicepräsident Behrend neulich bereits ausführte, das Wort nicht entzogen werden kann.

Dieselbe Verfassung garantiert andererseits in Art. 78 das Recht des Hauses mit folgenden Worten: „Jede Kammer regelt ihren Geschäftsgang und ihre Disciplin durch eine Geschäftsordnung.“ Damit ist also die Selbstständigkeit des Hauses in Bezug auf die Regelung seines Geschäftsganges und seiner Disciplin verfassungsmäßig gewährleistet. Die Geschäftsordnung des Hauses bestimmt nun: § 11. „Dem Präsidenten liegt die Leitung der Verhandlungen, die Handhabung der Ordnung und die Vertretung des Hauses nach außen ob.“ § 42. „Der Präsident ist berechtigt, die Redner auf den Gegenstand der Verhandlung zurückzuweisen und zur Ordnung zu rufen u. s. w.“ § 62. „Dem Präsidenten des Hauses steht die Handhabung der Polizei im Sitzungssaale und in den Zubehörräumen zu.“ — Alle diese Bestimmungen der Geschäftsordnung lassen keine Ausnahme zu; die im § 11 und 62 dem Präsidenten übertragenen Polizeigewalt geht auf das ganze Haus, moralisch und räumlich genommen.

Die Praxis des Hauses entspricht genau diesen positiven Vorschriften. Eine Anzahl Präcedenzfälle liegen bereits in dieser Beziehung vor. Zunächst ein annäherndes Präcedens aus dem Herrenhause.

Am 4. Mai 1861 äußerte Finanzminister v. Patow in der Sitzung des Herrenhauses, dessen Mitglied er bekanntlich niemals war: „Es würde daher, glaube ich, zu nichts führen, diese Behauptungen noch einmal in ihrer Grundlosigkeit darzustellen.“

Am Schluß der Rede sagte Präsident Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen: Der Herr Finanzminister hat den Ausdruck gebraucht, mehrere Behauptungen wären von dem Ministerium der Grundlosigkeit nach überführt worden. Wenn einer von den Mitgliedern des Hauses diesen Ausdruck gebraucht hätte, so würde ich ihn ersucht haben, einen andern Ausdruck zu wählen. — Finanzminister v. Patow: Ich will dem Herrn Präsidenten gern entgegenkommen und zugeben, daß ich einen andern Ausdruck hätte wählen können. Ich habe nur sagen wollen, daß aufgestellte Behauptungen als unbegründet von der Regierung dargestellt worden seien, wie täglich Behauptungen der Regierung von Mitgliedern des Hauses als unbegründet bezeichnet werden. Ich glaube dadurch nicht die Achtung vor dem Hause verletzt zu haben.

— Präsident: Ich kann meine Ansicht nicht ändern.

Hier liegt also eine Rectification eines Ministers, der nicht Mitglied des Hauses war, durch den Präsidenten vor; eine Unterbrechung freilich nicht.

Ein stärkeres Präcedens, ein wirklicher Ordnungsruf gegen einen Minister, der allerdings zugleich Mitglied des Hauses war, findet sich in den Verhandlungen der zweiten Kammer vom Jahre 1851. Am 9. April sprach der damalige Ministerpräsident v. Manteuffel bei der Debatte über die Politik Dänisch von „zugespitzten Pfeilen“ seiner Gegner, die „in Gift getaucht“ seien. Darauf bemerkte Präsident Graf Schwerin: „Ich muß voraussetzen, daß der Herr Ministerpräsident nicht einzelne Mitglieder dieses Hauses hat verlegen wollen. Wenn ich diese Voraussetzung nicht hätte, so würde ich diesen Ausdruck nicht hingehen lassen können.“ — Ministerpräsident v. Manteuffel erwiderte: „Ich unterwerfe mich in dieser Beziehung ganz der Verfügung des hohen Präsidiums.“ (Heiterkeit und Bravo rechts.) — Und darauf erwiderte Präsident Graf Schwerin: „Dann würde ich also den Herrn Ministerpräsidenten zur Ordnung rufen müssen.“ (Bravo links.)

Ein ähnlicher Fall, mit indirecter Beweiskraft, liegt vor aus dem Jahre 1860. In der Sitzung des Hauses vom 15. Mai machte der Abg. v. Vinde als Referent dem Kriegsminister v. Koon den Vorwurf der Ungeschicklichkeit; der Kriegsminister rügte das; Präsident Simson unterbrach ihn, weil, wie sich herausstellte, der betr. Ausdruck falsch verstanden war; der Kriegsminister und mehrere Mitglieder des Hauses sprachen dazwischen, so daß die Aeußerung des Präsidenten unterbrochen wurde; Präsident Simson verbat sich jedes Widersprechen und rief die Widersprechenden zur Ordnung. Als der Kriegsminister darauf erklärte, er habe sich verwehren müssen, daß die Regierung so kritisiert werde, erwiderte Präsident Simson: Die Beurtheilung der Zulässigkeit und Unzulässigkeit parlamentarischer Ausdrücke sei sein Amt, er wünsche nicht hineingegriffen zu sehen — von Niemandem. Der Kriegsminister war auch damals nicht Mitglied des Hauses.

Vollkommen schlagend ist ein Präcedens aus dem Herbst vorigen Jahres, wo dasselbe Haus tagte, wo derselbe Herr v. Koon Kriegsminister war und Herr Grabow Präsident des Hauses. In der Sitzung vom 19. September, bei Beratung des Militär-Budgets, warnte der Kriegsminister vor einem Votum (Streichung gewisser Ausgaben), dem er — er wolle

Niemand verlegen, aber er finde keinen andern Ausdruck — den Vorwurf der „Widersinnigkeit“ machen müsse. Sofort unterbrach ihn Präsident Grabow mit den Worten: „Ich muß den Herrn Kriegsminister darauf aufmerksam machen, daß der Ausdruck, den er so eben gebraucht hat, kein parlamentarischer sein dürfte.“ Und danach heißt es in dem stenographischen Bericht: „Kriegsminister v. Koon (fortfahrend): „Ich bitte den Herrn Präsidenten um Entschuldigung; ich habe mich selbst bereits reformirt; ich finde, wie gesagt, in diesem Augenblick keinen andern Ausdruck, und ich bedauere, wenn ich mit dem gewählten Ausdruck gegen den parlamentarischen Gebrauch verstoßen habe. Meine Absicht war es nicht.“ — Somit ist also im vorigen Jahre demselben Minister dasselbe geschah, worin gestern derselbe Minister und heute das Staatsministerium eine Kränkung seiner Rechte sieht, und im vorigen Herbst nahm derselbe Minister nicht nur eine Unterbrechung, sondern auch eine Rectification Seitens des Präsidenten mit höflicher Entschuldigung hin, während er jetzt gegen die bloße Unterbrechung — denn zu einem Weiteren kam der Vicepräsident v. Beckum-Dolffs gar nicht — in den kräftigsten Ausdrücken protestirt und das Staatsministerium darin gar ein Motiv zu Sistirung aller parlamentarischen Geschäfte erblickt.

Diesem Auftreten des Ministeriums gegenüber ist glücklicherweise das Haus der Sache nach vollkommen einmüthig. Die Differenzen in Bezug auf die formale Behandlung der Sache werden gewiß zurücktreten.

Die „Kreuztg.“ meldet mit gesperrter Schrift: Die mehrfach angekündigte neue Einrichtung des Ministeriums des Innern ist nunmehr ins Leben getreten. Mit Allerhöchster Genehmigung ist der Geschäftskreis des Ministeriums in zwei Abtheilungen vertheilt: eine Administrations- und eine politische Abtheilung; die Direction der letzteren ist, vorbehaltlich der Amtsbefugnisse des Unter-Staatssecretärs, dem Geh. Ober-Regierungsrath v. Klugow übertragen worden. Zur politischen Abtheilung gehören die Verfassungssachen, die Angelegenheiten der beiden Häuser des Landtages, die ständischen Angelegenheiten, die städtischen und ländlichen Communal-sachen, die ländliche Polizeiverwaltung in den sechs östlichen Provinzen, die Angelegenheiten der vormals Reichsunmittelbaren, die Fideicommiss- und Lehnssachen, die höhere politische Polizei, besonders die Angelegenheiten der Presse, das Vereins- und Versammlungswesen. Alle sonstigen Gegenstände der inneren Verwaltung gehören zur Administrations-Abtheilung, deren Direction dem Unter-Staatssecretär Enlser verbleibt. Die beiden Abtheilungen haben gesonderte Sitzungen. Nach Bedürfnis werden auch Plenar-Sitzungen der beiden Abtheilungen stattfinden. Gleichzeitig mit dieser neuen Einrichtung sind auch Veränderungen in der Vertheilung der einzelnen Decernate eingetreten.

### Deutschland.

L. C. Berlin, 12. Mai. Die Justizcommission hat in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag des Ministeriums, den Verleger Hildtner wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses in der Broschüre über die Polendebatte zu verfolgen, mit 11 gegen 3 Stimmen verworfen. Das Haus will keine Preßprocesse. Dagegen hat die Commission sich, wie gemeldet, für die Ertheilung der Genehmigung ausgesprochen, die beiden Abgeordneten v. Dzialinski und Guttry zu verfolgen, obgleich das Ministerium Beweise, die den Verdacht gegen ein Staatsverbrechen begründen könnten, durchaus nicht beigebracht hat. Diese Genehmigung ist mit 10 gegen 4 Stimmen ertheilt.

— Die „Rh. Ztg.“ schreibt: Am Donnerstag hat der englische Gesandte Herr v. Bismarck um Aufklärung der Vorgänge in Inowracław gebeten. In der Ministersitzung vom Freitag ist dieser Punkt auch vorgekommen und es ist beschlossen, eine ausweichende Erklärung zu geben.

— Heute wurde die Anklage gegen den „Kladderadatsch“ verhandelt. Die Nummer 12 des „Kladderadatsch“ von diesem Jahre enthält ein Bild unter der Ueberschrift: „Unsere drei Parzen.“ Dies Bild zeigte die Portraits der Minister v. Manteuffel, v. d. Heydt und des Herrn v. Bismarck, über welche hin sich ein Streifen Papier zog, auf dem das Wort „Verfassung“ zu lesen war. Bei Manteuffel trug dasselbe das Wort „octroyirt“, bei v. d. Heydt „prolongirt“ und bei Herrn v. Bismarck „amortisirt.“ Herr v. Bismarck hatte eine Scheere in der Hand, schnitt in den Streifen Papier und man konnte deutlich sehen, daß nur noch ein kleiner Schnitt fehlte, um ihn gänzlich zu trennen. Der Staatsanwalt Goltz führte in dem heutigen Audienstermine aus, daß der Streifen Papier, der sich über die drei genannten Minister hinziehe, die Verfassung bedeute, wie das auch schon durch das darauf stehende Wort „Verfassung“ außer Zweifel gesetzt sei, und daß Herr v. Bismarck, indem ihn das Bild gefest sei, und daß Herr v. Bismarck, indem ihn das Bild gefest sei, die dritte, nach der mythologischen Auffassung den Lebensfaden durchschneidende Parze mit einer Scheere in der Hand den Streifen Papier zerschneidend darstellte, der Vorwurf gemacht werde, er habe die preussische Verfassung vorsätzlich verächtlich gemacht. Dies sei unzweifelhaft eine strafbare Verleumdung, für welche Dohm, der zugegeben, daß die Idee zu diesem Bilde von ihm ausgegangen sei, zu haften habe. Wildernde Umstände seien jedoch anzunehmen, weil das Blatt ein Witzblatt und das Bild nur für denjenigen Theil des Publicums verständlich sei, der die Mythe von den Parzen überhaupt kenne. Er beantragte deshalb eine Geldbuße von 50 Thlr. gegen den Angeklagten. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Holtzoff, machte geltend, daß ein Zerschneiden der Verfassung gar nicht dargestellt sei, sondern nur ein Einschneiden. Herr v. Bismarck habe die Scheere in der Hand und „schnitzte“ daran. Wenn er aber auch die Verfassung verächtet hätte, so treffe doch auf ihn die Voraussetzung des Verleumdungsparagraffen nicht zu, daß er dadurch in der öffentlichen Meinung dem Haß und der Verachtung ausgesetzt werde. Herr v. Bismarck sei ein Feudaler, für ihn existire als öffentliche Meinung nur die der feudalen Partei und bei dieser werde es gewiß weder Haß noch Verachtung erregen, wenn er die Verfassung vernichte. Der incriminirte Witz sei aber auch zu „vortreflich“, als daß er „strafällig“ sein sollte. Er verleihe vielmehr Freisprechung. Der Staatsanwalt protestirte gegen diese Logik, so wie dagegen, daß Herr v. Bismarck zur Feudalpartei gehöre, ihm sei davon nichts bekannt. Der Gerichtshof sprach das Nichtschuldig über den Angeklagten aus.

Altona, 7. Mai. Die ganze dänische Armee, mit Ausnahme der aus Holstein und Lauenburg recrutirten Bataillone, wird bis zum 15. d. M. vollständige Kriegsvortheile haben. Für die Cavallerie sind sämtliche Nationalpferde ohne Ausnahme auf den 13. d. M. einberufen. Es bereitet sich in Holstein eine Dank-Adresse an den Großherzog von Oldenburg vor, worin diesem für den von seinem Gesandten beim Bunde gestellten Antrag auf Aufhebung der Verträge von 1851—52 und des londoner Protocollens der Dank des Landes ausgesprochen werden soll.

### Frankreich.

Paris, 10. Mai. Das „Pays“ enthält eine Note, in welcher klar und deutlich erklärt wird, die Rede Lord Russells schließe die Betheiligung Englands an einem eventuellen Kriege nicht aus. Die übrige Presse aber, namentlich die „Opinion Nationale“, meint jetzt alle Hoffnung auf England aufgeben zu müssen.

### Rußland und Polen.

— Die „Gaz. Nar.“ behauptet, Graf Berg habe unter anderen „unfehlbaren“ Mitteln, um den Aufstand zu befeitigen, im Verwaltungsrathe beantragt: 1) Die Einwohner der Stadt Warschau haben vor dem Großfürsten und allen Militärs bis herab zum Sous-Lieutenant die Mützen abzulegen; 2) zu verbieten, Cigarren auf der Straße zu rauchen; 3) alle ohne Ausnahme zu verhaften, welche in Czamarken und Schmierstiefeln gehen; 4) im ganzen Lande die Wälder niederzuhaufen oder zu brennen, wie auf dem Kaukasus.“ Marquis Wielopolski erlaubte sich dagegen zu bemerken, daß diese Vorschläge ihm nicht practisch erschienen, und zwar 1) weil Niemand vor dem Großfürsten und noch viel weniger vor einem niedriger gestellten Militair die Mützen ziehen, vielmehr, um dies zu vermeiden, ins erste beste Haus treten würde; 2) was das Verbot des Cigarrenrauchens auf den Straßen betreffe, so würden dadurch die Pächter des Tabaksmonopols, die dafür eine bedeutende Abgabe zahlten, empört werden, schließlich die Pacht aussagen, wodurch der Staats-Casse ein bedeutender Ausfall erwachsen müßte, da heute Niemand sich finden würde, der geneigt sein möchte, auf eine derartige Pacht einzugehen, wie sich Niemand gefunden habe, der die für das Militair auf drei Jahre ausgeschrieben Lieferungen zu übernehmen bereit sein möchte; 3) in Betreff der Czamarken und Schmierstiefel sei ein solches Verbot unausführbar, weil man nicht im Stande sei, den betreffenden Leuten andere Röcke und Stiefel zu kaufen; 4) am unausführbarsten erschien ihm der vierte Vorschlag. „Sie haben, Herr General, den Wald bei Kampinos niederbrennen lassen und dadurch die Bauern dem Aufstande in die Arme getrieben, denn um Kalisch und in Kujawien haben sie sich bereits erhoben und bei Piotrkow nachdrücklich bemerkt gemacht, und doch haben Sie erst 40 Morgen niedergebrannt; versuchen Sie es, 400 niederzubrennen und die Chancen für unseren Sieg reduciren sich auf Null. Um aber die Wälder niederzuschlagen, dazu sind 40 Jahre erforderlich.“ Hierauf wußte General Berg nichts zu entgegnen.

Kattowitz, 11. Mai. (Schl. 3.) In Folge vorgekommener Kämpfe brachte heute Morgen 3 Uhr ein Extrazug 600 Mann Infanterie und Cavallerie nach Sosnowice.

— (Schl. 3.) Einer Verordnung der National-Regierung zufolge wird in mehreren Landschaften des Königreichs eine Art National-Gendarmerie gebildet, deren Aufgabe es ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Reisende und Landbesitzer vor den Excessen der Kosaken zu schützen. Außerdem leistet diese neue Einrichtung den Insurgentenabtheilungen wesentliche Dienste, indem sie Streifzüge macht, russische Patrouillen aufhebt, Couriere und deren Depeschen aufspürt, Spione verfolgt und ergreift und Aufträge der vollziehenden Gewalt ausführt. Eine dieser Abtheilungen begegnete am 26. April auf dem Wege von Przasnysz nach Ostrolenka einer 30 Mann starken Kosakenabtheilung, die Manion führte, 1 Officier und 2 Kosaken wurden getödtet, die übrigen ergriffen die Flucht und der Munitionstransport blieb in den Händen der nationalen Gendarmerie.

Von der polnischen Grenze, 11. Mai. (Dif. 3.) Am 8. d. war das deutsche Colonistendorf Ignacewo unweit Lubkowo im Kreise Konin der Schauplatz eines blutigen Kampfes zwischen Russen und dem Tacjanowski'schen Insurgenten-Corps. Letzteres hatte rings um das genannte Colonistendorf, dessen Einwohner geflüchtet waren, Barrikaden errichtet und Verschanzungen ausgeworfen. Vormittags begannen die Russen eine furchtbare Kanonade auf das Dorf, die von vier Geschützen der Insurgenten erwidert wurde. Nach einstündiger Kanonade erfolgte der Sturm, der von den Insurgenten 2 1/2 Stunden hindurch tapfer zurückgeschlagen wurde. Nachdem die Russen sämtliche Verschanzungen genommen hatten, entspann sich ein hartnäckiger Kampf innerhalb des Dorfes. Die Häuser, in die sich die Schützen der Insurgenten postrirt hatten, die den Russen sehr empfindlichen Schaden zufügten, mußten einzeln durch Sturm genommen werden. Das ganze Dorf ging dabei in Flammen auf, wobei viele Insurgenten verbrannten. Das Resultat des fast fünfständigen Kampfes war die Niederlage des Insurgenten-Corps. Die Verluste waren auf beiden Seiten sehr bedeutend. Die Insurgenten zählten nach polnischen Angaben 180 Tode, darunter 24 Verbrannte, gegen 100 Verwundete und 60—70 Gefangene. Die Verluste der Russen sind jedenfalls noch bedeutender. Von Insurgentenführern sind gefallen: Major Strzelecki, Peter Sotolnicki, Jachowski, Zabrowski, Dzierzanowski; schwer verwundet: der Gutbesitzer und Abgeordnete Wladislaw v. Niegolewski, der Gutbesitzer Witold v. Lurno, Michael v. Szczaniecki, alle drei aus der Provinz Posen; v. Lurno ist seinen Wunden bereits erlegen, v. Niegolewski hat einen Schuß in die Brust erhalten. Zahlreiche Insurgenten haben sich auf preussisches Gebiet geflüchtet.

### Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 3 Uhr Nachmittags.

Berlin, 13. Mai. Der von der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause eingebrachte Wobrenwurf lautet auszüglich: Die fortdauernde Verletzung der Verfassung und die Politik der Minister nach Kugens seit drei Monaten bewegen das Abgeordnetenhause zu der Bitte, Se. Maj. der König möge „die Personen, mehr noch das System beseitigen, welche Thron und Land ins Verderben zu stürzen drohen.“ Die Adresse giebt dann einen Rückblick, wie Preußen und die Dynastie vor einem Jahre gestanden, was seitdem in Deutschland und gegenüber dem Auslande sich geändert hat und gefährdet wurde. Das Abgeordnetenhause habe kein Mittel der Verständigung mehr mit dem Ministerium, es lehnt die Mitwirkung bei der gegenwärtigen Politik ab und wird alle durch die Verfassung gebotenen Mittel benutzen, wenigstens einen Krieg unter der Herrschaft des gegenwärtigen Systems abzuwenden. Möge Se. Majestät der König das verfassungsmäßige Recht wieder zurückgeben und das stolze Banner nationaler Macht und Einheit wieder entfalten.

Danzig, den 13. Mai.

\* [Stadtverordneten-Versammlung am 12. Mai.] Vorsitzender Herr Theodor Bischoff, Magistrats-Commissar



